

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung
(5/2008)

am Donnerstag, 20. November 2008, 17.00 Uhr,
im Feuerwehr-Gerätehaus Alt-Wetter, Wasserstr. 16

Anwesend sind

- | | |
|---|--|
| a) als Vorsitzender | Herr Dobersch |
| b) als Ausschussmitglied | Frau Wolf-Labrenz (stv.)
Herr Rabe (stv.)
Herr König
Frau Basteck-Benscheid
Herr Semelka (stv.)
Herr Klinkmann
Frau Stechemesser
Frau Gerlach (stv.)
Herr Wicher
Frau Lange
Herr Holland
Frau B. Müller (stv.)
Herr Uebelgünn
Frau Haag (stv.)
Herr Dr. Kyri |
| c) als beratendes Mitglied (Seniorenbeirat) | Herr Lehn (stv.) |
| d) von der Verwaltung | Frau Wiese
Frau Pfeiffer
Herr Fiedler
Herr Fuge
Herr Schulte
(zugleich als Schriftführer) |
| e) als Gast | Herr Stuckenholz
Herr Küstermann |

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder.

Der AV stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der sachkundige Bürger, Herr Florian Stuckenholz, vom AV gem. § 58 Abs. 1 GO NW verpflichtet.

Da AM Herr Dr. Kyri an der Sitzung teilnimmt, begleitet Herr Stuckenholtz die Sitzung lediglich als Gast.

Ende der Sitzung: 18.40 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus 8 Seiten und 1 Anlage mit 2 Seiten.

Dobersch
Vorsitzender

Schulte
Schriftführer

AGSO –5/08 – 1. – 20.11.2008
Einwohneranfragen

keine

AGSO – 5/08 – 2. – 20.11.2008
Sachstandsbericht zur Umsetzung der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Wetter (Ruhr)

AM Herr Uebelgünn erläutert zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN.

Auf die Frage von AM Frau Haag, ob das Forschungsinstitut Technologie und Behinderung (FTB) und der Behindertenbeirat routinemäßig bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen beteiligt sei, antwortet Herr Fiedler, dass die Einbindung regelmäßig erfolgt.

Zur weiteren Frage von AM Frau Haag, warum bisher nur wenig Maßnahmen im Bereich Schule, Kultur und Sport ergriffen wurden, erwidert Herr Fiedler, dass sich der Behindertenbeirat, den gesetzlichen Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) folgend, zunächst schwerpunktmäßig mit dem Thema „Barrierefreiheit“ befasst habe. Zukünftig sei jedoch auch vorgesehen, Angebote, die z.B. der Integration behinderter Jugendlicher dienen, voranzutreiben.

AM Frau Haag regt in diesem Zusammenhang an, zur weiteren Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes die Maßnahmekommission erneut einzuberufen.

AM Herr Holland fragt an, ob der Verwaltung bekannt sei, wieviel Behinderte regelmäßig die städtischen Jugendeinrichtungen besuchten.

Antwort der Verwaltung:

Alle Jugendeinrichtungen werden auch von Behinderten besucht (ohne zahlenmäßige Erfassung).

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

A) Haushaltsplanberatung

Innere Verwaltung

Produkt 01.01.03 Verwaltungsführung

AM Herr König fragt an, wann die Erstellung des Demografieberichtes abgeschlossen sei. Frau Wiese antwortet, dass die Fertigstellung für Mitte 2009 vorgesehen ist.

AM Herr König merkt an, dass seines Erachtens die Repräsentationskosten aufgrund der vorgesehenen Kürzung nicht mehr auskömmlich seien, zumal der Kreis der Empfänger aufgrund der Alterung der Bürger größer werde. Die stv. Bürgermeisterin Frau Stechemesser bestätigt diese Einschätzung. Die Angelegenheit soll im Hauptausschuss beraten werden.

AM Herr Uebelgünn sieht in einigen Bereichen Klärungsbedarf hinsichtlich veränderter Personalaufwendungen. Frau Wiese sagt zu, dass die Personalzuordnung in den angesprochenen Bereichen im Hauptausschuss erläutert wird.

Sicherheit und Ordnung

Produkt 02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

AM Herr Uebelgünn fragt an, welchen Grund die Senkung der sonstigen ordentlichen Erträge auf Seite 127 Ziff. 7 um 10.000 € habe. Frau Pfeiffer antwortet, dass es sich hier um die Einnahme von Zwangs- und Bußgeldern handelt und dass der Haushaltsansatz aufgrund des Rechnungsergebnisses 2007 und des Anordnungssolls zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung herabzusetzen war.

Produkt 02.04.01 Feuerschutz und Katastrophenabwehr

AM Herr Uebelgünn fragt an, um welche Maßnahmen es sich handelt, bei denen öffentlich-rechtliche bzw. privatrechtliche Leistungsentgelte (S. 157 Ziff. 4 u. 5) vereinnahmt werden. Herr Fuge antwortet, dass es sich hier um kostenpflichtige Einsätze der Feuerwehr wie Ölspurbeseitigungen, Fahrzeugbrände etc. handelt.

AM Herr Uebelgünn weist darauf hin, dass seines Erachtens die aktivierten Eigenleistungen (S. 157 Ziff. 8) beim Gebäude- und Immobilienmanagement zu veranschlagen wären.

AM Herr Uebelgünn fragt an, um was es sich bei den „bilanziellen Abschreibungen“ (S. 157 Ziff. 14) handelt.

Antwort der Verwaltung:

Es handelt sich hauptsächlich um Abschreibungsbeträge für die Feuerwehrgebäude und Feuerwehrfahrzeuge.

AM Herr Uebelgünn fragt an, ob im Hinblick auf die vorgesehene Anschaffung der Drehleiter (S. 160 Ziff. 2) eine Einsatzstatistik vorgelegt werden kann.

Herr Fuge antwortet, dass dem RP Arnsberg zum Jahresende eine Einsatzstatistik vorzulegen sei. Es besteht Einvernehmen, diese Statistik auch dem AGSO zur Kenntnis zu geben.

Produkt 02.05.01 Rettungsdienst

Frau Pfeiffer weist darauf hin, dass der Ansatz auf Seite 164 Ziff. 6 auf 1.618.689 € erhöht und die Ausgabeposition bei Ziff. 13 um 20.000 € herabgesetzt wird (s. Änderungsliste der Verwaltung).

Es werden keine Anträge gestellt.

Soziale Leistungen

Produkt 05.01.01 Unterstützung von Senioren

AM Herr Uebelgünn fragt, warum auf S. 278 Ziff. 6 lediglich für 2009 ein deutlich höherer Ansatz zu finden sei. Frau Wiese erklärt, dass es sich hierbei um den Zuschuss des Kreises für die Aufgabenwahrnehmung der Pflegeberatung handelt. Der bestehende Vertrag mit dem Kreis sei zunächst bis 31.12.2009 befristet.

Produkt 05.03.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

AM Herr Uebelgünn fragt an, warum auf S. 287 Ziff. 6 der Ansatz reduziert wurde. Herr Schulte erläutert, dass die Einnahmen aus Fällen resultieren, die noch nach BSHG restabgewickelt und in der Fallzahl weniger werden.

AM Herr Uebelgünn fragt zu S. 287 Ziff. 13 an, ob das sog. Möbelprojekt noch existiert. Herr Schulte bejaht dies und erklärt, dass die hierfür genutzten Räume im Keller des Gymnasiums für die Unterbringung des Archivs geräumt werden mussten. Das Möbellager sei nunmehr zunächst im Keller des Wohnheimes „Haus Hove“ untergebracht.

Produkt 05.03.05 Job Agentur

Frau Wiese gibt auf Anfrage von AM Herrn Uebelgünn bekannt, dass es sich auf S. 305 Ziff. 15 um die Finanzierungsbeteiligung der Stadt Wetter an den kommunalen Kosten für die Leistungsgewährung nach dem SGB II handelt. Die Ausgaben werden sich erhöhen (s. Änderungsliste der Verwaltung).

Es werden keine Anträge gestellt.

Gesundheitsdienst

Es werden keine Anträge gestellt.

Beschluss:

Über den Haushalt wird, soweit die Belange des AGSO betroffen sind, abgestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür	14
	dagegen:	0
	Enthaltung:	2

B) Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes

AM Herr König fragt an, ob die Verwaltung konkrete Pläne verfolge, die Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge und Aussiedler zu optimieren, um möglicherweise Heime aufgeben zu können. Herr Schulte antwortet, dass die Verwaltung weiterhin Gespräche mit dem Eigentümer des Hauses „Haus Hove“ führe und intensiv nach Lösungen auch bei den anderen Objekten suche.

Es werden keine Anträge gestellt.

Beschluss:

Über die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 - 2014 wird, soweit die Belange des AGSO betroffen sind, abgestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür	14
	dagegen:	0
	Enthaltung:	2

AGSO – 5/08 – 4. – 20.11.2008
Mitteilungen

- Frau Wiese teilt mit, dass beabsichtigt sei, in der ersten Sitzung des AGSO 2009 einen Zwischenbericht zur Aufgabenwahrnehmung „Pflegerberatung“ zu geben. In diesem Zusammenhang soll dann auch Herr Kremer persönlich als Berater vorgestellt werden.
- Herr Schulte teilt mit, dass in 2009 auch der Ausländerbeirat der Stadt Wetter (Ruhr) neu zu wählen sei. Der Beirat habe dem Rat der Stadt Wetter (Ruhr) empfohlen, die Wahl gemeinsam mit der Kommunalwahl durchzuführen.
- Herr Schulte teilt mit, dass sich am 11.11.2008 Vertreter aller Beiräte der Stadt Wetter (Ruhr) zu einem Informationsaustausch getroffen haben. Das Protokoll des Treffens wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Frau Pfeiffer teilt mit, dass Frau Arntzen von der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN mit e-mail vom 15.11.08 gebeten habe, einen kurzen Sachstandsbericht zum Thema „Bereitschaftsdienst des Ordnungsamtes“ zu geben. Frau Pfeiffer beantwortet die konkret gestellten Fragen wie folgt:

Der Notdienst wird relativ selten in Anspruch genommen.
Zumeist handelt es sich bei den Einsätzen um Maßnahmen nach PsychKG oder um unaufschiebbare Einsätze zur Gefahrenabwehr.

Eine Kooperation mit der Stadt Herdecke ist sicherlich möglich, aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht sinnvoll, da notwendige Ortskenntnisse und notwendige Kontakte für den Bereitschaftshabenden in der Nachbarstadt meist nicht vorhanden sind.

Eine Veröffentlichung der Rufnummer des jeweiligen Bereitschaftshabenden ist nicht vorgesehen. In das örtliche Telefonbuch soll jedoch in der Rubrik „Stadtverwaltung Wetter (Ruhr)“ die Rufnummer der im Notfall zu benachrichtigenden Kreisleitstelle Schwelm aufgenommen werden. Von dort erfolgt zentral die Alarmierung des jeweiligen Notdienstes.

AGSO – 5/08 – 5. – 20.11.2008
Anfragen von Ausschussmitgliedern

- AM Frau Stechemesser fragt an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass in einem Raum der Seniorenbegegnungsstätte „Karl-Siepmann-Str.“ der Teppichboden inzwischen so wellig sei, dass eine erhebliche Sturzgefahr für Nutzer der Einrichtung bestehe. Sie mache ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Verwaltung bei einem Unfall die Verantwortung trage.
Herr Fiedler erklärt daraufhin, dass ihm das Problem bekannt sei und er bereits in Absprache mit dem Gebäude- und Immobilienmanagement der Stadt die Verlegung eines neuen Linoleumbodens für Mitte Dezember veranlasst habe.

- AM Frau Lange fragt an, ob die Verwaltung eine Sicherungspflicht für das Gebäude des ehemaligen Krankenhauses habe. Ihr seien ein eingeschlagenes Fenster im Gebäude sowie oftmals spielende Kinder auf dem Gelände aufgefallen. Frau Pfeiffer erläutert, dass es derzeit nicht Aufgabe der Stadt sei, Sicherungsmaßnahmen am Gebäude vorzunehmen. Die Problematik sei der Verwaltung jedoch bekannt. Aus diesem Grund würden vom Fachdienst Ordnung und von der örtliche Polizei auch regelmäßig Kontrollgänge im Umfeld des Gebäudes durchgeführt.